Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung der am 9. März 2014 gewählten **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am Mittwoch, dem **17. Februar 2016**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindeglieder
2. Angelobung eines neuen Mitgliedes der Gemeindevertretung
3. Neuzusammensetzung der Ausschüsse
4. Beschlussfassung der Niederschriften vom 18.11.2015 und 09.12.2015
5. Berichte des Bürgermeisters
6. Änderung der Abfuhrordnung
7. Änderung des Haushaltsbeschlusses 2016
8. Stille Nacht Museumsbezirk – Betriebsführung
9. Erweiterung Stellenplan 2016
10. Unterbringung von Asylwerbenden
 - a) Auflösung der Leistungsvereinbarung „Unterbringung von Asylwerbenden – Betreute Wohnungen“ mit dem Land Salzburg
 - b) Auflösung des Mietvertrages für die Wohnung im 1. OG der Liegenschaft M.-Bayrhammer-Straße 16
 - c) Abschluss eines Mietvertrages für die Liegenschaft Färberstraße 6 mit dem Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“
 - d) Abschluss eines Mietvertrages für die im 2. OG befindlichen Räumlichkeiten des Kopfbauwerks der Stadthalle mit dem Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“
 - e) Zuweisung der Mietwohnungen Watzmannstraße 3/11 und 7/4 an den Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“
 - f) Auflösung der Freien Dienstverträge zur Betreuung von Asylwerbern
 - g) Auflösung der Beauftragung der Arbeitsgruppe „Asyl in Oberndorf“ im Namen der Gemeindevertretung
 - h) Bericht über den Stand der Abrechnung
11. Bebauungsplan „Oberndorf-Zentrum West“
12. Neubau Rathaus Oberndorf – Beauftragung von Planungsleistungen
13. Bebauungsplan „Watzmannstraße – Alte Landstraße“
14. Stille Nacht Museumsbezirk – Beauftragung von Planungsleistungen
15. Einzelbewilligung zur Errichtung einer Containerschule (Ausweichquartier BORG) Auf den Grundstücken 720/5 und 720/6
16. Änderung der Förderungsrichtlinien für Solar-, Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen
17. Ehrungen
18. Aufträge/Anschaffungen
19. Subventionen
20. Allfälliges

Anwesende:

1. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
2. Vizebürgermeister Otto Feichtner
- Stadträtin Waltraud Lafenthaler
- Stadtrat Dietmar Innerkofler
- Stadtrat Wolfgang Stranzinger
- GV Marion Reitsamer
- GV Dr. Andreas Weiß

GV Wolfgang Oberer
GV Ing. Josef Eder
GV Ing. Florian Moser BSc
GV Stefan Jäger
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
Stadträtin Caroline Glier
GV Peter Illinger
GV Arno Wenzl
GV Anna Schick
GV Tobias Pürcher
Stadtrat Ing. Johann Schweiberer BEd
GV Christoph Thür
GV Josef Hagmüller
GV Markus Strobl
GV Peter Hauser

Entschuldigt abwesend:

Bürgermeister Peter Schröder
GV Maria Petzlberger
GV Markus Doppler

Weiters anwesend:

Ing. Walter Josel, „die Salzburg“ – zu TOP 12
Dipl.-Ing. Tobias Fusban, pm1 – zu TOP 14
Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter
Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter
Doris Moßhammer, Leiterin Finanzverwaltung

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 4 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

1. Vizebürgermeisterin Mayrhofer übernimmt in Vertretung des für die heutige Sitzung entschuldigten Bürgermeisters den Vorsitz und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 21 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zur Sitzung zugestellt. Es bestehen dagegen keine Einwände.

Da seitens der anwesenden Zuhörer keine Fragen zur Tagesordnung bestehen, entfällt die Bürgerfragestunde.

2. Angelobung eines neuen Mitgliedes der Gemeindevertretung

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Gemeindevertreterin Marion Reitsamer hat mit Schreiben vom 03.01.2016 um Karenzierung als Mitglied der Gemeindevertretung gemäß § 23 i. V. m. § 21, beide Salzburger Gemeindeordnung 1994, ersucht. Durch den Zustellungsbevollmächtigten der SPÖ Oberndorf wurde nach Verzichtserklärung von Frau Sara Vidmar und Frau Ines Rehl der Nächstgereichte auf der Liste der SPÖ Oberndorf zur Wahl der Gemeindevertretung am 09.03.2014, Herr Johannes Zrust, zur Angelobung in die Gemeindevertretung vorgeschlagen.“

1. Vizebgm. Mayrhofer ersucht Herrn Zrust vorzutreten und verliest die Gelöbnisformel wie folgt: „Ich gelobe, die Gesetze des Bundes und des Landes Salzburg gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die mir obliegende Verschwiegenheitspflicht zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen zu fördern.“ Herr Johannes Zrust gelobt in die Hand der 1. Vizebürgermeisterin mit den Worten „ich gelobe“.

Vizebgm. Mayrhofer gratuliert Herrn Zrust zur Wahl und heißt ihn in der Gemeindevertretung herzlich willkommen. Nunmehr sind 22 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.

3. Neuzusammensetzung der Ausschüsse

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Durch die Karenzierung der Gemeindevertreterin Marion Reitsamer und die Angelobung von Herrn Johannes Zrust als Gemeindevertreter ist die Neuzusammensetzung der Ausschüsse der Gemeindevertretung notwendig. Das Vorschlagsrecht liegt bei der SPÖ Fraktion.“

Stadtrat Stranzinger hält fest, dass er die Ausschussliste im Laufe der kommenden Tage im Stadtamt abgeben werde.

4. Beschlussfassung der Niederschriften vom 18.11.2015 und 09.12.2015

1. Vizebgm. Mayrhofer stellt den **Antrag, die Protokolle der Gemeindevertretungssitzungen vom 18. November und 9. Dezember 2015 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

5. Berichte des Bürgermeisters

Aufgrund der Abwesenheit von Herrn Bürgermeister Schröder entfällt dieser Tagesordnungspunkt.

6. Änderung der Abfuhrordnung

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Durch die flächendeckende Einführung der Biotonne ab April 2016 für alle Haushalte im Stadtgebiet von Oberndorf sowie die Umstellungen in der Sammlung der Leichtverpackung und der Altpapiersammlung im Herbst 2015 ist es notwendig, die am 15.12.2010 zuletzt geänderte Abfuhrordnung anzupassen.“

Die dazu notwendigen Änderungen wurden im Bau- und Umweltausschuss am 11.02.2016 vorgestellt. Die vom Ausschuss empfohlenen Änderungen wurden sodann den Fraktionen im Fraktionsordner ab Montag, dem 15.02.2016, zur Verfügung gestellt.

Stadtrat Ing. Schweiberer erkundigt sich, wie die Information der Öffentlichkeit vorgesehen sei und ob eine Grünschnitt- und Sperrmüll-Sammlung geplant sei.

Dr. Schäffer informiert seitens des Amtes, dass es in den Gemeindezeitung vom Februar (wurde den meisten Haushalten am heutigen Tage zugestellt) eine zweiseitige Erstinformation gibt, auch nochmals über den Gelben Sack, und in der März-Ausgabe eine weitere Detailinformation abgedruckt wird, in der man auch noch auf die bis dahin eingetroffenen Fragen der Bürger eingehen kann. Für die März-Ausgabe soll auch die Information über die Grünschnitt- u. Sperrabfall-Sammlung vorbereitet werden.

Die 1. Vizebürgermeisterin stellt **den Antrag, die Abänderung der Abfuhrordnung gemäß Beschlussempfehlung des Bau- und Umweltausschusses in der vorliegenden Form zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

7. Änderung des Haushaltsbeschlusses 2016

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Abfallwirtschaftsgebühr 01.04.2016 – 31.12.2016

In Übereinstimmung mit der neuen Abfuhrordnung wird das Angebot in der Restmüllentsorgung um die Restmülltonne mit 80 Litern erweitert. Die Gebühren für Restmülltonne und Restmüllsack 80 Liter wurden kalkuliert und im Haushaltsbeschluss 2016 eingefügt.

FVFF-Beitrag

Der Schreibfehler im HHB 2016 betreffend FVFF-Beitrag in der Höhe von € 0,055 wird auf € 0,05 korrigiert. Verrechnet wurde immer der richtige Eurowert.“

GV Thür merkt zur Höhe der Müllabfuhrgebühr an, dass diese gegenüber 2014 um knapp 10 % gestiegen sei, was sehr hoch sei.

1. Vizebgm. Mayrhofer erwidert, dass die Erhöhung durch jene Bürger entstand, die bisher keine Biotonne hatten. Ob alles richtig eingeschätzt wurde, ist noch nicht klar. Wir haben versucht, möglichst alles abzudecken. Es wird sich herausstellen, ob sich eine Entwicklung ergibt, wodurch die Gebühren wieder etwas zurückgehen können.

Frau Moßhammer ergänzt: Die Kalkulation wurde im Bau- und Umweltausschuss eingehend besprochen. Es wurden die höheren Kosten angenommen. Ziel soll auch eine Abfallvermeidung sein. Erst 2017 wird man wissen, ob die Kalkulation hält. Wir werden dann auch sofort reagieren. Ein Gebührenhaushalt sollte gedeckt sein.

1. Vizebgm. Mayrhofer hält nochmals fest, dass im nächsten Haushalt die Entwicklung jedenfalls ihre Berücksichtigung findet und reagiert wird.

Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, stellt die 1. Vizebürgermeisterin **den Antrag, die Änderungen im Haushaltsbeschluss für das Jahr 2016 in der vorliegenden Form zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

8. Stille-Nacht-Museumsbezirk – Betriebsführung

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Im Rahmen des Konzeptes „Stille-Nacht-Museumsbezirk“ ist im zukünftigen Museum im Alten Pfarrhof auch der Betrieb eines Shops vorgesehen. Im Shop sind neben dem Verkauf von hochwertigen Souvenirartikeln auch der Verkauf der Eintrittskarten, die Betreuung des Museumsbetriebes und der WC-Anlage geplant. Der Tourismusverband Oberndorf hat wie bekannt der Stadtgemeinde mitgeteilt, dass er in Zukunft den Betrieb des Museumsshops nicht mehr durchführen wird und sich nur mehr auf die Bewerbung von „Stille Nacht“ konzentrieren möchte. Nach Gesprächen mit potentiellen Shopbetreibern wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung dahingehend beraten, dass der Betrieb des Museumsshops von der Stadtgemeinde Oberndorf durchgeführt wird. Dazu wird in Zusammenarbeit von Bürgermeister Peter Schröder, Stadträtin Caroline Glier und dem Amt ein Konzept erarbeitet. Dieses Konzept soll in der Folge im Kulturausschuss beraten und der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Stadtrat Schweiberer erkundigt sich, ob es sich hier um einen Grundsatzbeschluss handelt. Ein genaues Konzept (vor allem auch im Hinblick auf die im folgenden TOP geforderten 1,5 Dienstposten) wäre interessant.

1. Vizebgm. Mayrhofer bestätigt, dass dies ein Grundsatzbeschluss sei. Die erwähnten 1,5 Dienstposten wären eher an der Untergrenze angesetzt und mit diesem Beschluss werde sicherlich nichts Überhöhtes beschlossen.

Stadträtin Glier informiert: Ich habe exakt recherchiert. Unsere derzeitigen Öffnungszeiten sind übertrieben. Eine Besucherstromanalyse wird ausgewertet. Es wird ein Durchrechnungszeitraum zugrunde gelegt. Eine kostendeckende Führung mit entsprechendem Controlling ist möglich. Als Hauptort im Stille-Nacht-Bereich sollte man dies in die Hände der Stadtgemeinde geben. Es wird ein Budgetplan erstellt, ein Leitfaden etc.. Es wird eine Aufwertung für die Zukunft. Dies wird alles in der nächsten Kulturausschuss-Sitzung vorgestellt.

Zur Frage von Stadtrat Ing. Schweiberer, wer Konzessionsträger sein soll, hält Dr. Schäffer fest, dass bei Bedarf die Stadtgemeinde ansuchen wird.

Stadträtin Glier: In diesem Bereich ist das erlaubt. Es wird ein Museumsshop und kein Souvenir-Geschäft betrieben. Dies Shop stellt keine Konkurrenz zu einem Privaten dar, der möglicherweise im Themenbereich „Stille Nacht“ des Tourismusverbandes etwas vor hat.

GV Strobl stellt den Bedarf von 1,5 Dienstposten in Frage und zitiert als Beispiel das Museum in Hallein mit nur 2 Stunden Öffnungszeit pro Tag.

Stadträtin Glier: Die Besucherstromanalyse wird zeigen, was für Oberndorf notwendig ist. Es ist mit Hallein nicht vergleichbar. Das Konzept mit allen Details wird jedoch im Kulturausschuss vorgestellt und besprochen.

GV Illinger erkundigt sich nach dem Gewinn.

Stadträtin Glier: Es wird ein Budgetplan aufgestellt (Einnahmen aus Museumseintritten, Toilettegebühren etc.), der strikt eingehalten werden muss. Das Konzept ist nicht auf Gewinn ausgerichtet, es soll sich vielmehr die Infrastrukturerhaltung rechnen. Wir sind gut, wenn wir es schaffen, dass dies herausgewirtschaftet wird.

Stadtrat Danner: Wir werden flexibel reagieren müssen. Die Besucherzahlen des Museums werden deutlich steigen müssen – das muss Hauptziel sein. Darüber wird noch öfter zu diskutieren sein.

Stadtrat Ing. Schweiberer erinnert an die Übernahme des damaligen Fremdenverkehrsverbandes vom Verkehrs- und Verschönerungsverein Oberndorf. Schon damals gab es lange Diskussionen über die Öffnungszeiten. Damals hieß es, „es kann nicht sein, dass jemand vor verschlossenen Türen steht“. Ein Museum zusperren und trotzdem steigende Besucherzahlen erwarten, das verstehe er nicht.

1. Vizebgm. Mayrhofer bemerkt, man könne auf Erfahrungswerte zurückgreifen. Der Tourismusverband arbeitet hier sicher engst mit dem Museum zusammen und es wird funktionieren.

Stadträtin Glier: Wichtig ist die Erarbeitung eines Leitbildes. Wir bekommen ein neues Museum. Die Voraussetzungen sind jetzt völlig anders. Es sind auch die Besucher zu befragen. Es wird eine moderne Museumsführung geben.

Stadtrat Schweiberer: Ich war lange Zeit Obmann und kann mir daher nicht vorstellen, dass sich das ausgeht.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Es ist eine große Herausforderung und wir sind gefordert. Wir können jedoch auf der Erfahrung von Susi Glier aufbauen.

GV Thür: Ich finde die Herangehensweise an das Thema stümperhaft. Ich kenne keine Ausschreibung des Shops. Ein Privater müsste Gewinn erwirtschaften. Weniger Personal, weniger Öffnungszeiten – das kann nicht funktionieren. Eine Gemeinde wirtschaftet nicht gewinnorientiert.

Stadtrat Innerkofler: Man sollte starten und nachevaluieren. Ein Privater würde sich auch langsam herantasten. Ich sehe es nicht so wie Herr Thür. Wir bekommen jetzt einen tollen Museumsbezirk. Man sollte der Gemeinde die Chance geben zu zeigen, dass sie es kann.

1. Vizebgm. Mayrhofer ersucht Dr. Schäffer um Bericht über die Gespräche.

Dr. Schäffer: Potentielle Betreiber halten die wirtschaftliche Situation aufgrund der Kleinheit unseres Shops für nicht interessant, es wurde uns eine Konzepterstellung angeboten. Wir sind jedoch in Zusammenarbeit mit Stadträtin Glier in der Lage, selbst ein Konzept zu erstellen und benötigen dazu niemanden von außen.

2. Vizebgm. Feichtner fordert GV Thür auf, seine Aussage „stümperhafte Arbeit“ zurückzunehmen, da ihm dieser Jargon nicht gefalle.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Wir vermischen die Dinge. Es handelt sich bei uns um einen Museumsshop, der zu klein ist für einen privaten Betreiber, und nicht um einen Souvenir-Shop. Man muss möglicherweise in einem zweiten Schritt nochmals darüber nachdenken. Nur ein geringer Prozentsatz der Gäste zu Weihnachten besucht auch das Museum. Es wird zukünftig ein Stille-Nacht-Museum und auch ein ganz anderer Zugang sein. Vielleicht können wir eines Tages den Bezirk absperren und Eintritt verlangen inklusive einem Souvenir-Shop (wie wir sie zum Beispiel von anderorts kennen).

Stadtrat Ing. Schweiberer erinnert an eine Konzeptvorstellung im Bauausschuss, die Jahre zurück liegt, wo er das völlige Gegenteil gehört habe. Es sei ihm ein Anliegen, dass es auch weiter läuft. Trotzdem sei er der Ansicht, dass es mit 1,5 Personen nicht zu schaffen sei. Er fordert ein detailliertes Konzept und möchte wissen, wie es mit dem Gewinn aussieht.

Stadtrat Danner erwidert, dass es damals um die Nutzung der Stille-Nacht-Kapelle alleine ging – und das konnte er sich nicht vorstellen. Wenn es den gesamten Bezirk betrifft – das könne er sich vorstellen.

GV Illinger hält einen Grundsatzbeschluss für positiv. Er hält es für an der Zeit, dass wir etwas davon haben.

1. Vizebgm. Mayrhofer fasst zusammen: Wir versuchen wie beschrieben zu starten und alles mit Zahlen zu belegen. Das Konzept sollte möglichst bald vorliegen und in einem Ausschuss diskutiert werden. Prinzipiell wird es vorerst so sein, dass die Gemeinde mit einem Personalstand von mindestens 1,5 Personen startet, mehr ist derzeit nicht möglich. Die Praxis wird zeigen, ob das Auslangen gefunden wird.

Dr. Schäffer ergänzt, dass mit dem Probetrieb im Oktober 2016 begonnen werden soll.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt 1. Vizebgm. Mayrhofer den **Antrag auf Grundsatzbeschluss zur Führung und Betreuung des Museumshops im neuen Museum im Alten Pfarrhof durch die Stadtgemeinde Oberndorf.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

9. Erweiterung Stellenplan 2016

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Aufgrund des Betriebes der Einrichtungen der Stadtgemeinde Oberndorf im Stille-Nacht-Museumsbezirk (Museumsshops, Museum, WC-Anlagen etc.) durch die Stadtgemeinde ist es notwendig, den Stellenplan der Stadtgemeinde Oberndorf um 1,5 Dienstposten zu erweitern. Die Bewertung der Planstellen erfolgt in d/c. Die Erweiterung des Stellenplanes ist mit der Abteilung 1/05 des Amtes der Salzburger Landesregierung abgesprochen bzw. wurde die Genehmigung mündlich in Aussicht gestellt.“

Stadtrat Ing. Schweiberer ersucht um Anmerkung, dass die Erweiterung nur vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde erfolgen darf.

Die 1. Vizebürgermeisterin stellt den **Antrag, die Erweiterung des Stellenplanes 2016 um 1,5 Dienstposten mit der Bewertung d/c für den Betrieb der Einrichtungen der Stadtgemeinde im Stille-Nacht-Museumsbezirk vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

10. Unterbringung von Asylwerbenden

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Durch die Gemeindevertretung wurde am 09.12.2015 grundsätzlich beschlossen, dass die Betreuung von Asylwerbenden durch den Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ ab 01.03.2016 erfolgen soll. In Vorbereitung der Übertragung dieser Aufgabe war es notwendig, die einzelnen Vertragswerke zu überarbeiten, aufzulösen bzw. neu zu erstellen. Mit Schreiben vom 17.12.2015 wurde das Amt der Salzburger Landesregierung, Abteilung 3, schriftlich über diese geplanten Maßnahmen informiert. Laut Auskunft der zuständigen Sachbearbeiterin Frau Mag. Wild vom 20.01.2016 wird durch das Land Salzburg ein Auflösungsvertrag der Leistungsvereinbarung mit 29.02.2016 vorbereitet, der Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ erhält mit 01.02.2016 bzw. in weiterer Folge mit 01.03.2016 eine eigene Leistungsvereinbarung.

a) Auflösung der Leistungsvereinbarung „Unterbringung von Asylwerbenden – Betreute Wohnungen“ mit dem Land Salzburg

Aufgrund der o.a. Vorgangsweise ist es notwendig die Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg zur Unterbringung von Asylwerbenden – Betreute Wohnungen vom 31.01.2015/11.02.2015 sowie den Nachtrag vom 25.09.2015/19.10.2015 mit Wirkung vom 29.02.2016 aufzulösen. Der Auflösungsvertrag wird durch das Land Salzburg bis zum 17.02.2016 übermittelt werden.

b) Auflösung des Mietvertrages für die Wohnung im 1. OG der Liegenschaft M.-Bayrhammer-Straße 16

Mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 16.09.2015 bzw. vom 18.11.2015 wurde ein Mietvertrag zur Unterbringung von Asylwerbenden mit dem Eigentümer der Liegenschaft M.-Bayrhammer-Straße 16 für die Wohnung im 1. OG abgeschlossen. Aufgrund der Beendigung der Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg ist dieser Mietvertrag mit Wirkung vom 29.02.2016 aufzulösen. Der Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ wird als Nachmieter auftreten.

c) Abschluss eines Mietvertrages für die Liegenschaft Färberstraße 6 mit dem Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“

Mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 16.09.2015 bzw. vom 18.11.2015 wurde die Liegenschaft Färberstraße 6 (Riedl-Haus), die sich im Eigentum der Stadtgemeinde Oberndorf befindet, zur Unterbringung von Asylwerbenden bis 31.03.2016 zur Verfügung gestellt. Nunmehr soll ein Mietvertrag mit dem Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ mit Wirkung vom 01.03.2016 abgeschlossen werden. Nach Überarbeitung des Zeitplanes für den Neubau des Rathauses kann der Abbruch der Liegenschaft zeitlich verschoben werden. Die Mietdauer wird daher mit 30.09.2016 begrenzt, da in weiterer Folge das Gebäude zur Neuerrichtung des Rathauses abgebrochen wird. Der Grundmietzins beträgt € 8,34 pro m². Das Mietobjekt umfasst eine Grundfläche von 191 m². Die Betriebskosten sind durch die Mieterin zu tragen. Auf die Einhebung einer Kautions wird verzichtet. Die Kündigungsfrist wird mit drei Monaten vereinbart. Eine besondere Kündigungsmöglichkeit besteht neben den üblichen Kündigungsgründen auch dann, wenn die Leistungsvereinbarung zur Unterbringung von Asylwerbenden durch das Land Salzburg vorzeitig aufgelöst wird.

d) Abschluss eines Mietvertrages für die im 2. OG befindlichen des Kopfbau des Stadthalle mit dem Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“

Mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 16.09.2015 bzw. vom 18.11.2015 wurden die Räumlichkeiten im 2. OG im Kopfbau der Stadthalle (ehemaliges Büro Kettl) zur Unterbringung von Asylwerbenden zur Verfügung gestellt. Nunmehr soll ein Mietvertrag mit dem Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ mit Wirkung vom 01.03.2016 auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen werden. Die Mietdauer wird derzeit noch rechtlich geprüft. Der Grundmietzins

beträgt € 8,--pro m². Das Mietobjekt umfasst eine Grundfläche von 148 m². Die Betriebskosten sind durch die Mieterin zu tragen. Auf die Einhebung einer Kautions wird verzichtet. Die Kündigungsfrist wird mit drei Monaten vereinbart. Eine besondere Kündigungsmöglichkeit besteht neben den üblichen Kündigungsgründen auch dann, wenn die Leistungsvereinbarung zur Unterbringung von Asylwerbenden durch das Land Salzburg vorzeitig aufgelöst wird.

e) Zuweisung der Mietwohnungen Watzmannstraße 3/11 und 7/4 an den Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“

Die im Besitz der Stadtgemeinde Oberndorf befindlichen Wohnungen Watzmannstraße 3/11 und 7/4, welche durch die Genossenschaft „Die Salzburg“ betreut werden, wurden aufgrund der Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg vom 31.01.2015/11.02.2015 zur Unterbringung von Asylwerbenden - Betreute Wohnungen zur Verfügung gestellt. Nunmehr soll ein Mietvertrag mit dem Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ abgeschlossen bzw. diese Wohnungen dem Verein zugewiesen werden. Der Mietvertrag wird durch die Hausverwaltung analog allen anderen Mietverträgen in dieser Wohnanlage erstellt. Die bisherige Asylwohnung Watzmannstraße 5/1 wird frei vergeben.

f) Auflösung der Freien Dienstverträge zur Betreuung von Asylwerbenden

Zur Betreuung der in den durch die Stadtgemeinde bereitgestellten bzw. angemieteten Wohnungen wurden gemäß Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg Betreuungspersonen mittels Freier Dienstverträge angestellt. Aufgrund der Auflösung der Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg ab 29.02.2016 sowie dem Übergang der Betreuung durch den Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ mit 01.03.2016 sind die Freien Dienstverträge mit Herrn Daniel Wandaller, Herrn Johannes Wandaller, Herrn Smisem Mohammad und Frau Carmen Schätzer mit Wirkung vom 29.02.2016 aufzulösen.

g) Auflösung der Beauftragung der Arbeitsgruppe „Asyl in Oberndorf“ im Namen der Gemeindevertretung

Mit Beschluss der Gemeindevertretung wurde die Arbeitsgruppe „Asyl in Oberndorf“ mit der Betreuung der Asylwerbenden in Oberndorf gemäß Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg und dem dazu abgeschlossenen Nachtrag im Namen der Gemeindevertretung beauftragt. Durch die Gründung des Vereins „Soziales Netzwerk Oberndorf“ und die Auflösung der Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg wird die Tätigkeit nunmehr ab 01.03.2016 durch den Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ übernommen. Die Beauftragung der Arbeitsgruppe „Asyl in Oberndorf“ durch die Gemeindevertretung ist damit mit Wirkung vom 29.02.2016 aufzuheben.

h) Bericht über den Stand der Abrechnung

Durch die Auflösung der Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg sowie die Beauftragung der Arbeitsgruppe „Asyl in Oberndorf“ sind die Leistungen für die Asylwerbenden mit dem Land Salzburg für den Zeitraum ab Zuweisung der ersten Asylwerbenden bis zum 29.02.2016 abzurechnen.“

Dazu wurde von der Buchhaltung ein vorläufiger Abrechnungsbericht erstellt.

Stadtrat Ing. Schweiberer erkundigt sich, warum in Punkt e) die Mietverträge für die Wohnungen Watzmannstr. 3/11 und 7/4 im Gegensatz zu den anderen durch die Hausverwaltung erstellt werden.

Dr. Schäffer: Die Wohnungen in der Watzmannstraße werden durch die Genossenschaft verwaltet, daher auch diese Vorgangsweise. Die Mietverträge für die Wohnungen im Kopfbau der Stadthalle und im Riedl-Haus erfolgen direkt durch die Stadtgemeinde. Der Verein bekommt die gleichen Mietverträge wie sie für alle anderen Bewohner der Wohnungen in der Watzmannstraße gelten.

1. Vizebgm. Mayrhofer hält fest, dass der Mietzins gegenüber dem ursprünglichen Betrag von € 9,65 pro m² auf € 8,-- reduziert werden konnte. Grundlage für die Miete ist die Personenanzahl, die untergebracht wird. Das Land zahlt einen gewissen Betrag. Die Wohnungen gehören der Stadt. Ich hätte gehofft, dass wir das auf kurzem Wege so lösen können.

2. Vizebgm. Feichtner möchte wissen, welcher Mietzins mit dem Bürgermeister besprochen war, € 9,65 oder € 8,--.

Dr. Schäffer: € 9,65 waren nur die Basis, das war jener Betrag für die Vermietung an DI Kettl.

Frau Moßhammer ergänzt: Wir haben neu kalkuliert. Die Zinsen sind derzeit sehr niedrig, die Tilgungsrate ist niedrig. Wir haben uns bei € 8,-- getroffen, das ist mit dem Bürgermeister so besprochen. Die Mietverträge sollen drei Jahre dauern. Eine Mieterhöhung ist immer möglich.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Die Asylanten-Betreuung ist eine Teamarbeit von Stadtgemeinde Oberndorf und Verein. Ich denke, es ist für Oberndorf zumutbar, dass die Asylbetreuung unterstützt wird. Die Abdeckung eines kleinen Minus würde ich als Förderung des Vereines sehen.

Auf Anfrage von Stadtrat Ing. Schweiberer, wer die agierenden Vereinsmitglieder des „Sozialen Netzwerkes Oberndorf“ sind, hält 1. Vizebgm. Mayrhofer wie folgt fest: Obfrau: Brigitte Brown, Stellvertreter: Dr. Erich Auer, Kassierin: Sabine Mayrhofer, Stellvertreterin: Sigrid Wascher, Schriftführerin: Gerti Mayer, Stellvertreter: Johannes Potocnik. Diese handelnden Personen tragen die Verantwortung und investieren gemeinsam mit vielen zusätzlichen Ehrenamtlichen viel ehrenamtliche Zeit.

2. Vizebgm. Feichter fragt an, ob man eine Absicherung in den Mietvertrag für den Fall einer Zinssteigerung aufnehmen könnte.

Dr. Schäffer erwidert, dass er annehme, es wäre theoretisch möglich, so etwas in einen Vertrag hineinzuschreiben.

GV Strobl: Ich halte die Diskussion für kleinlich. Mir geht es in Punkt g) um Folgendes: Es soll zumindest eine Zusammenarbeit mit der Gemeinde gegeben sein, auch sichtbar nach außen. Die Gemeinde sollte nicht einfach „draussen“ sein. Ich möchte für die Zukunft auch eine gute Zusammenarbeit im finanziellen Bereich und ersuche alle in der Gemeinde, unterstützend tätig zu sein und nicht über Kleinbeträge zu diskutieren. Die Sache funktioniert nur wegen der vielen Ehrenamtlichen.

GV Dr. Weiß spricht die Haftungsfrage der Gemeinde an.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Es ist mir gelungen, dass der Vertrag des Landes als ausreichende Bürgschaft und Kreditwürdigkeit bei der Volksbank anerkannt wurde, sodass die Gemeinde keine Haftung übernehmen muss.

GV Illinger wirft ein, dass die Wertschätzung der Gemeinde den Ehrenamtlichen gegenüber gegeben sein sollte.

Frau Moßhammer: Wir haben alle von den schwachen Zinsen profitiert. Die Rückzahlung bleibt in gleicher Höhe, auch wenn sie steigen sollten.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Die Kalkulation ist sicherlich so erfolgt, dass es sich ausgeht. Sollte es sich aus unbekanntem Gründen nicht ausgehen, wird der Verein ohnehin bei der

Gemeinde vorstellig werden. Es ist im Grunde Aufgabe der Öffentlichen Hand. Würde es den ehrenamtlichen Verein nicht geben, müsste die Gemeinde die Sache selbst organisieren.

1. Vizebgm. Mayrhofer bestätigt, dass so kalkuliert ist, dass es sich ausgeht. Sie informiert über die Kalkulation bzw. die darin festgehaltenen Mietpreise für die einzelnen Wohnungen.

2. Vizebgm. Feichter: Da wir nun wissen, dass keine Mehrbelastung entstehen wird, brauchen wir den Passus mit den Zinsen nicht in den Vertrag aufnehmen.

Frau Moßhammer präsentiert mittels Powerpoint den Zwischenbericht der Buchhaltung zum 31.12.2015.

1. Vizebgm. Mayrhofer schließt an, dass ohne Zusammenarbeit mit der Gemeinde die ganze Sache gar nicht möglich gewesen wäre, denn das Geld sei über die Gemeinde gekommen.

GV Strobl: Ich möchte anmerken, es fehlt mir, dass die Zusammenarbeit mit der Gemeinde irgendwo festgeschrieben ist, z. B. in Form einer Kooperation, es muss nicht finanzieller Art sein.

GV Dr. Weiß: Es ist doch bisher auch gelungen, das Amt war doch ständig da. Es hört sich an, als ob das Amt bisher nicht ständig zur Verfügung gestanden hätte.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Bevor es den Verein gab, war die Gemeinde Quartiergeber und verantwortlich.

Dr. Schäffer: Die politische Willensbildung passiert hier in diesem Gremium. Im Dezember 2014/Jänner 2015 hat die Gemeinde beschlossen, Quartiere zur Verfügung zu stellen. Die jetzige Willensbildung sieht so aus: Bereitstellung und Übergabe von Wohnungen. Die Gemeindevertretung ist das Organ, das die Sache in der Hand hat. Eine politische Willensbildung der Gemeindevertretung kann ständig erneuert werden.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Ich freue mich in den nächsten Jahren auf eine gute Zusammenarbeit. Die Herausforderungen werden nicht geringer. Ich lade alle Gemeindevertreter zum Besuch des interkulturellen Cafés am Samstagvormittag ein unter dem Titel „wenn ich etwas vertrete, muss ich auch wissen, was ich vertrete“.

GV Hagmüller möchte wissen, ob das Engagement im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung sei.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Ich habe keine großen Protestaktionen gesehen und kenne keine großen Gegner. Ich sehe viele positive Reaktionen, viele haben eine positive Einstellung zu den Asylanten. Viele hatten noch keinen Kontakt und kennen nur die Meldungen aus Zeitung und Fernsehen. Natürlich muss die Unterbringung in Oberndorf eine funktionierende sein, die verträglich für die Bevölkerung ist.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Fakt ist, würden wir uns nicht um dezentrale und gut betreute Quartiere kümmern, würde uns der Bund Großquartiere aufoktroieren. Das wäre die schlechtere Variante. Wir werden es irgendwie gemeinsam schaffen müssen. Unser Weg ist sicher der bessere.

- *Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlägt 1. Vizebgm. Mayrhofer vor, den entsprechenden Beschluss zu fassen. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft zum Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ übergibt sie vor Beschlussfassung den Vorsitz an 2. Vizebgm. Otto Feichtner und verlässt den Sitzungsraum. Somit sind 21 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend.*

2. Vizebgm. Feichter ersucht Dr. Schäffer um Verlesung und Erläuterung des vorliegenden Beschlussfassungstextes (es wurden gegenüber dem als Amtsbereich versandten Text einige wenige Änderungen vorgenommen).

Folgender überarbeiteter Beschlussfassungstext liegt vor und 2. Vizebgm. Feichter stellt **den Antrag,**

zu a) auf Auflösung der Leistungsvereinbarung und des dazu erstellten Zusatzes mit dem Land Salzburg zur Unterbringung von Asylwerbenden – Betreute Wohnungen mit 29.02.2016,

zu b) auf Auflösung des Mietvertrages für die Wohnung im 1. OG der Liegenschaft M.-Bayrhammer-Straße 16 mit Herrn Friedrich Janke bzw. dessen Rechtsnachfolgerinnen Frau Christiane Unterberger und Frau Simone Janke mit Wirkung vom 29.02.2016,

zu c) auf Abschluss eines Mietvertrages für die Liegenschaft Färberstraße 6 (Riedl-Haus) mit dem Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ für den Zeitraum 01.03.2016 bis 30.09.2016,

zu d) auf Abschluss eines Mietvertrages für die Räumlichkeiten im 2. OG des Kopfbauers der Stadthalle (ehemaliges Büro Kettl) mit dem Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ auf die Dauer von drei Jahren,

zu e) auf Zuweisung der Wohnungen Watzmannstraße 3/11 und 7/4 an den Verein „Soziales Netzwerk Oberndorf“ zur Unterbringung von Asylwerbenden,

zu f) auf Auflösung der Freien Dienstverträge zur Betreuung von Asylwerbenden mit Wirkung vom 29.02.2016,

zu g) auf Auflösung der Beauftragung der Arbeitsgruppe „Asyl in Oberndorf“ im Namen der Gemeindevertretung mit Wirkung vom 29.02.2016,

zu h) auf Kenntnisnahme des Zwischenberichts zur Abrechnung der Betreuung von Asylwerbenden und Vorlage der Abrechnung bis zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung am 06.04.2016.

Offene Abstimmung (21 GV anwesend): 20 GV dafür, 1 GV dagegen (GV Hagmüller)

- *1. Vizebgm. Mayrhofer übernimmt wiederum den Vorsitz, somit sind 22 Gemeindevertretungsmitglieder im Sitzungssaal anwesend.*

1. Vizebgm. Mayrhofer informiert noch zu den Wohnungen: In den Wohnungen Watzmannstraße 5 und 7 sowie Uferstraße 33 herrscht starker Schimmelbefall vor. Es wurde bereits die Initiative ergriffen, um diesem Baumangel nachzugehen (Isolierung des Kellers ist nicht erfolgt, Kältebrücke ist ein Problem). Es werden Maßnahmen gesetzt. Derzeit sind zwei Wohnungen nicht so bewohnbar wie geplant. Fachleute haben die Mängel geprüft und Gesundheitsgefährdung festgestellt. Aufgrund der Unbewohnbarkeit wurde auf kürzestem Weg eine freie Dienstwohnung der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellt. Das ist ein Zeichen der funktionierenden Zusammenarbeit.

Dr. Schäffer ergänzt: Es wurden umgehend bauphysikalische Untersuchungen eingeleitet. Ein Konzept ist in Ausarbeitung. Die letzten Sanierungen dieser Wohnungen erfolgten 1991. Auch das Bau- und Planungsbüro Bruckmoser wurde eingeschaltet. Die Wohnungen sind – wie bereits erwähnt wurde – derzeit unbewohnt.

11. Bebauungsplan „Oberndorf-Zentrum West“

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„In nächster Zukunft sind in diesem Bereich Baumaßnahmen beabsichtigt. Dies bedarf einer städtebaulichen Ordnung. Gemäß § 50 ROG 2009 ist daher ein Bebauungsplan zu erstellen. Die Verfahrensschritte zur Erstellung des Bebauungsplanes werden durch §§ 50 und 71 ROG 2009 bestimmt.

Verfahrensschritte:

Kundmachung der Absicht:	10.02.2015 bis 12.03.2015
Entwurf fertiggestellt:	18.11.2015
Öffentliche Auflage des Entwurfes:	25.11.2015 bis 29.12.2015
Die Stellungnahme der Landesregierung liegt vor seit:	Nur erforderlich bei Aufschließungsgebieten
Die Stellungnahme des Gestaltungsbeirates liegt vor seit:	Nur erforderlich bei Aufbaustufenplänen

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben.“

1. Vizebürgermeisterin Mayrhofer stellt den **Antrag, den Bebauungsplan "Oberndorf-Zentrum West" gemäß § 71 Abs. 6 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

12. Neubau Rathaus Oberndorf - Beauftragung von Planungsleistungen

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Für nachfolgende Planungsleistungen wurden gemäß BVergG 2006 Angebote eingeholt. Die Vergabevorschläge lauten auf:

- 1.) **Baustellenkoordinator und Planungskoordinator** (*Anmerkung: nachträglich aufgenommen*) an die **Frahs Baukoordinations GmbH**, 5400 Hallein, mit einer Vergabesumme von **netto € 4.550,--**.
- 2.) **Kanalprojektierung** an **Dipl.-Ing. Stephan Kettl**, 5110 Oberndorf, mit einer Vergabesumme von **netto € 10.360,--**.
- 3.) **Statik** an **Dipl.-Ing. Johann Lienbacher**, 5020 Salzburg, mit einer Vergabesumme von **netto € 18.500,--**.
- 4.) **Vermessungsarbeiten** an die **Geometer Fally ZT GmbH**, 5020 Salzburg, mit einer Vergabesumme von **netto € 2.470,--**.
- 5.) **Bauphysik** an **DI Graml Ziviltechnik**, 5071 Wals-Siezenheim, mit einer Vergabesumme von **netto € 6.860,--**.
- 6.) **Elektrotechnikprojektierung** an die **Pürcher Planungs GmbH**, 8970 Schladming, mit einer Vergabesumme von **netto € 11.767,--**.
- 7.) **Haustechnikprojektierung** an die **Kuster Energielösungen GmbH**, 5020 Salzburg, mit einer Vergabesumme von **netto € 39.577,--**.

Die Beauftragungen erfolgen durch die Stadtgemeinde Oberndorf.“

Stadtrat Mag.(FH) Danner erkundigt sich nach der Aufgabe des Baustellenkoordinators.

Ing. Josef: Dieser ist auf der Baustelle zuständig für die Überprüfung und exakte Einhaltung der Baustellensicherheit. Hier gibt es genaue Vorschriften, Sicherheitspläne etc.. Der Baustellenkoordinator ist ausschließlich für die Sicherheitsmaßnahmen nach dem Arbeitsschutzgesetz in Abstimmung mit der AUVA zuständig.

GV Illinger stellt die Einladung Oberndorfer Firmen in Frage – er fordert Transparenz betreffend der Oberndorfer Firmen und möchte, dass der Preisspiegel Bestandteil des Amtsberichtes sei.

Dipl.-Ing. Müller erwidert, dass Preisspiegel und Liste der angebotenen Firmen vollständig in den zur Verfügung gestellten Unterlagen für die Fraktionssitzung enthalten seien, nicht jedoch im Amtsbericht.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Die Vorgangsweise könnte man im Bauausschuss festlegen. Im Nachhinein hätte so etwas keinen Sinn. Handelt es sich hier um Baustellen- oder Planungs-koordination? Das ist eine gesetzliche Vorgabe.

Ing. Josef antwortet, dass es hier um beides gehe.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Dann gehört der Planungs-koordinator in den Beschluss aufgenommen. Ich kenne den Stand nicht, doch das sind verschiedene Sachen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Die Bezeichnung Planungs-koordinator legt nahe, dass er die Planung koordiniert. Für uns ist nicht klar, was genau er koordiniert.

Dipl.-Ing. Müller erläutert: Dies ist eine gesetzliche Vorgabe als Folge der vielen Unfälle, die es früher gab. Der Gesetzgeber hat gesagt, der Bauherr sei verantwortlich. Der Bauherr muss beide bestellen, den Baustellen- und den Planungs Koordinator. Es handelt sich bei uns um beide Maßnahmen bzw. Funktionen und eine Ergänzung ist sicherlich sinnvoll. Ziel ist die Unfallprävention.

1. Vizebgm. Mayrhofer hält fest, dass die Ergänzung „Planungs Koordinator“ in den Beschlusstext aufgenommen wird. Sie stellt Dipl.-Ing. Müller die Frage, ob es möglich sei, bevor eine Ausschreibung hinausgehe nochmals zu prüfen, ob auch Oberndorfer Firmen dabei seien.

Dipl.-Ing. Müller erwidert, dass derzeit alle Oberndorfer Firmen eingeladen werden, wenn es entsprechende Gewerke gibt.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Wir halten fest, dass die derzeitige Vorgangsweise so bestehen bleibt wie sie ist - sprich die Oberndorfer Betriebe werden angeschrieben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt die 1. Vizebürgermeisterin den **Antrag, die Beauftragungen gemäß den vorliegenden Vergabevorschlägen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Werden einstimmig beschlossen.

13. Bebauungsplan „Watzmannstraße - Alte Landstraße“

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Für den Neubau des BORG Oberndorf ist der bestehende Bebauungsplan auf das gesamte Grundstück 810/1 zu erweitern. Des Weiteren wird das Grundstück 807/1 in den Bebauungsplan mit aufgenommen. Die Verfahrensschritte zur Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes ohne FWP-Änderung werden durch die §§ 50 und 71 ROG 2009 bestimmt.

Verfahrensschritte:

Kundmachung der Absicht:	02.11.2015 bis 03.12.2015
Entwurf fertiggestellt:	21.12.2015
Öffentliche Auflage des Entwurfes:	29.12.2015 bis 26.01.2016
Die Stellungnahme der Landesregierung liegt vor seit:	Nur erforderlich bei Aufschließungsgebieten
Die Stellungnahme des Gestaltungsbeirates liegt vor seit:	Nur erforderlich bei Aufbaustufenplänen

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben.“

Dipl.-Ing. Müller informiert: Derzeit gibt es einen Bebauungsplan „Watzmannstraße – Alte Landstraße“. Der derzeit gültige Bebauungsplan wurde 2010 kundgemacht. Er umfasst den Kindergarten, das Schulgebäude HAK/HAS/PTS, die Liegenschaften Mild u. Molander sowie die HAK-Turnhalle. Nur das BORG-Areal ist nicht enthalten, daher muss der Bebauungsplan um diese Liegenschaft erweitert werden. Im Bauausschuss hat eine entsprechende Präsentation des Neubauprojektes stattgefunden. Östlich haben wir auch den Bebauungsplan „Buchner-Gründe“. Das Grundstück Schnitzinger war noch von keinem Bebauungsplan erfasst, daher wurde es auch aufgenommen. Die Bebauungsgrundlagen wurden an die Bebauung „Breitengut-West“ angeglichen (Dipl.-Ing. Müller erläutert Höhen und Dichte).

Auf die Frage von Stadtrat Mag.(FH) Danner nach dem Niveau für die neue Bebauung hält Dipl.-Ing. Müller fest, dass die Gesimshöhe des Neubaus ungefähr der Traufenhöhe des Bestandsgebäudes entspricht.

GV Thür erkundigt sich, ob auf dem Grundstück Schnitzinger eine Bebauung geplant sei.

Dipl.-Ing. Müller: Wie ich gehört habe, wollen die Erben verkaufen.

GV Wenzl hat gehört, es wurde bereits in 4 Teilbereichen angeboten.

Stadträtin Glier erkundigt sich, wie die Höhe in dieses Gebiet mit einer niedrigen, geschlossenen Fläche passt.

Dipl.-Ing. Müller: Es wurden die Abstufungen von der Salzburger Straße Richtung Alte Landstraße übernommen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt 1. Vizebürgermeisterin Mayrhofer den **Antrag, die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Watzmannstraße – Alte Landstraße“ entsprechend dem vorliegenden Entwurf gemäß § 71 Abs. 6 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

14. Stille Nacht Museumsbezirk – Beauftragung von Planungsleistungen

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 16.09.2015 wurden die Gesamtkosten für das Projekt mit € 2.760.000,-- (inkl. € 50.000,-- USt) freigegeben. Nachfolgende Planungsleistungen sind daher an die neuen Projektkosten anzupassen:

- 1.) Architektenleistungen – Objektplanung an Arch. Reiner Kaschl – Heide Mühlfellner, 5020 Salzburg, mit einer Vergabesumme von netto € 40.244,19**
- 2.) Architektenleistungen – Oberleitung an Arch. Reiner Kaschl – Heide Mühlfellner, 5020 Salzburg, mit einer Vergabesumme von netto € 37.101,89**

Die Beauftragung erfolgt durch die Stadtgemeinde Oberndorf.“

Auf Anfrage von Stadtrat Ing. Schweiberer hält Dipl.-Ing. Fusban fest: Die Honoraranpassung bezieht sich auf das ursprüngliche Angebot, die Erhöhung der Planungsleistung ergibt sich aus den anrechenbaren Baukosten. Die Honorarrechnung erfolgt in Anlehnung an die alte BAO. Die Planungskosten wurden für die unterschiedlichen Planungsleistungen berücksichtigt. An der Grundlage der Beauftragung hat sich nichts geändert, nur an der Bemessungsgrundlage. Abschläge zur ursprünglichen Beauftragung sind im Nachtragsangebot enthalten.

Dipl.-Ing. Fusban erklärt die Honorarberechnung der Objektplanung.

Stadtrat Ing. Schweiberer ist der Meinung, dass diese Kostenanpassung nicht gerechtfertigt sei. Ausgangsbasis für die Berechnung der Oberleitung sei die Objektplanungssumme und nicht die Bausumme. In Summe sind das 4 - 5 %, das sei ein gewaltiger Unterschied.

Dipl.-Ing. Fusban erwidert, dass ihm dies nicht schlüssig sei, doch er könne es überprüfen.

Stadtrat Ing. Schweiberer erkundigt sich nach dem Schwellenwert, ab dem die Öffentliche Hand ausschreiben muss.

Dipl.-Ing. Müller: Ab € 100.000,--. Wir sind davon ausgegangen, dass wir unter dieser Summe bleiben.

Stadtrat Ing. Schweiberer: € 100.000,-- Auftragssumme ist ausgeschrieben, nicht € 100.000,- - Honorar.

Dipl.-Ing. Müller: € 100.000,-- gelten als Grenze für die Direktvergabe. Planungskosten können im Direktverfahren ausgeschrieben werden und sind unabhängig von der Bauleistung.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Ich werde das für mich persönlich vom Rechtsschutz überprüfen lassen, ob diese Auskunft so stimmt und Grundlage die Projektkosten und nicht die Planungskosten sind. Denn ich will nicht eines Tages hören, wir hätten hier was gemacht, was nicht korrekt ist. Wenn dem so ist, mache ich eine Selbstanzeige.

Dipl.-Ing. Müller: Gesetzliche Grundlage ist einerseits das BVergG, andererseits liegt eine gültige Beauftragung des Bauherrn mit einem Honorar unter € 100.000,-- vor, hier ist die Vergabe frei. Die Unterlagen wurden von mir geprüft. Die festgeschriebene Basis bzw. die Berechnung stimmt.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Wurde die Berechnung der Oberleitung richtig bemessen?

Dipl.-Ing. Müller: Die Berechnung geht von den Herstellungskosten aus (= Bemessungsgrundlage).

Dipl.-Ing. Fusban: Nur das Projektmanagement ist anders zu sehen.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Wenn ich die Ausschreibung mehrfach ausschicke, ist das kein besonderer Aufwand. Bei Konkurrenz geben die Firmen Nachlass (Beispiel: 50 % Nachlass hatten wir in der letzten Sitzung).

Stadträtin Glier: Begonnen hat alles mit der Machbarkeitsstudie für das Gebäude. Die hat auch die Architektenleistung beinhaltet. Ich muss darauf vertrauen, dass dies im Bauamt kontrolliert wird und muss mich darauf verlassen können. Ich verstehe diese Idee von der Selbstanzeige nicht.

GV Thür: Als die Architektenleistung ursprünglich besprochen wurde, habe ich angemerkt, dass hier eine Umgehung der gesetzlichen Vorschrift vorliegt. Die Oberleitung kann nicht der gleiche Prozentsatz sein wie die Objektplanung. Diese hätte ausgeschrieben werden müssen. Wenn Hans Schweiberer dies rechtlich prüfen lässt, wird er Recht bekommen.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Stadträtin Glier hat es eben erklärt, wie wir uns das vom Amt erwarten und dass alle Dinge gesetzeskonform abgehandelt werden.

Dipl.-Ing. Fusban auf eine Frage von Stadtrat Schweiberer zum Thema „Shop“: Dieses Thema ist ein exklusives. Es hängt vom Betreiber ab und welches Konzept dahinter steht. Nur die Baulichkeit ist enthalten. Weitere Planungskosten kann man nicht ausschließen.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Die Shop-Planung ist in der Beauftragung nicht enthalten. Die Abrechnung kommt zusätzlich in Absprache mit dem Bauamt und pm1.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt 1. Vizebürgermeisterin Mayrhofer den **Antrag, die Beauftragungen gemäß den vorliegenden Vergabevorschlägen zu beschließen.**

Offene Abstimmung (21 GV anwesend, GV Hagmüller befand sich bei der Abstimmung nicht im Sitzungszimmer): 18 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen (Stadtrat Ing. Schweiberer, GV Thür, GV Illinger)

15. Einzelbewilligung zur Errichtung einer Containerschule (Ausweichquartier BORG) auf den Grundstücken 720/5 und 720/6

Folgender Amtsbericht des Bauamtes mit Ergänzung (bei Amtsbericht-Erstellung lag die Stellungnahme der WLW noch nicht vor) liegt vor und wird von Dipl.-Ing. Müller erläutert.

„Die Wirkungen des Flächenwidmungsplanes können für ein genau zu bezeichnendes Vorhaben auf Ansuchen des Grundeigentümers durch Bescheid ausgeschlossen und ein genau bezeichnetes Vorhaben raumordnungsmäßig bewilligt werden, wenn dieses dem Räumlichen Entwicklungskonzept bzw. der erkennbaren grundsätzlichen Planungsabsicht nicht entgegensteht. Die Verfahrensschritte werden durch § 46 ROG 2009 bestimmt.

Verfahrensschritte:

Ansuchen des Grundeigentümers wurde eingebracht am:	27.12.2015
Das Ansuchen wurde 4 Wochen lang ortsüblich kundgemacht:	29.12.2015 bis 27.01.2016
Das Raumordnungsgutachten wurde erstellt am: Gutachten über die Eignung des Grundstückes zur Bebauung: Umwelttechnisches Gutachten: Unterlagen über die Vereinbarkeit mit öffentlichen Interessen: Schalltechnisches Gutachten liegt vor: Stellungnahme der WLW:	21.12.2015 nicht erforderlich nicht erforderlich nicht erforderlich nicht erforderlich wird noch nachgereicht
Die Stellungnahmen der Anrainer liegen vor:	keine abgegeben
Unterlagen darüber, daß die Aufschließung des betreffenden Grundstückes durch Wasserversorgung, Energieversorgung sowie durch einen funktionsgerechten Anschluß an die bestehenden Verkehrsflächen, sowie die Abwasserbeseitigung sichergestellt ist, liegen vor:	28.01.2016 29.01.2016 Nicht erforderlich 28.01.2016
Anregungen und sonstige Vorbringen zur Kundmachung wurden eingebracht:	nein

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Anregungen wurden keine eingebracht. Es kann daher der Gemeindevertretung das Ansuchen um Einzelbewilligung gemäß § 46 ROG 2009 zur Errichtung einer Containerschule auf den Parzellen 720/5 und 720/6 KG Oberndorf zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Ergänzung: Die Stellungnahme der WLW liegt nunmehr mit E-Mail vom 09.02.2016 vor. Folgender Auflagepunkt ist zu berücksichtigen:

„Derzeit geht man vom asphaltierten Vorplatz beim Kelleraufgang zwei Stufen zum gepflasterten Vorplatz nördlich des Turnhallegebäudes hinauf. Das Erdgeschoß-Fußbodenniveau der Containerschule hat auf diesem gepflasterten Vorplatzniveau und somit mind. 0,30 m über dem umliegenden Gelände zu liegen.“

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt Vizebürgermeisterin Mayrhofer den **Antrag, die Erteilung der Einzelbewilligung zur Errichtung einer Containerschule (Ausweichquartier BORG) auf den Grundstücken 720/5 und 720/6 KG Oberndorf gemäß § 46 ROG 2009 unter Berücksichtigung der Vorgabe der WLW vom 09.02.2016 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

16. Änderung der Förderungsrichtlinien für Solar-, Wärmepumpen- und Photovoltaikanlagen

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„In den derzeit gültigen Förderungsrichtlinien der Stadtgemeinde ist eine Förderung durch den Bund (Klima- und Energiefonds der Österreichischen Bundesregierung – KPC) nur in Zusammenhang mit Photovoltaikanlagen enthalten. Der Bund fördert derzeit aber auch die Errichtung von Solaranlagen für die Warmwasserbereitung und Beheizung eines Gebäudes. Daher sollen die Förderungsrichtlinien um diese Bundesförderung erweitert werden.

Die Förderungsrichtlinien wurden entsprechend adaptiert und lagen dem Amtsbericht bei.“

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt 1. Vizebürgermeisterin Mayrhofer den **Antrag, die bestehenden „Förderungsrichtlinien der Stadtgemeinde Oberndorf für Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und/oder teilsolare Raumheizung und für die Errichtung von Wärmepumpenanlagen sowie für Photovoltaikanlagen“ um die Förderung von Solaranlagen für die Warmwasserbereitung und Beheizung, welche durch den Bund gefördert werden, zu ergänzen und diese Änderung entsprechend dem vorliegenden Entwurf zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

17. Ehrungen

Folgender Amtsbericht liegt vor:

„Durch die Stadtkapelle Oberndorf wurde der Antrag gestellt, das langjährige Mitglied Johann Bruckmoser anlässlich seines Ausscheidens aus der Stadtkapelle für seine 52-jährige Vereinsmitgliedschaft zu ehren.

Gemäß unseren Richtlinien ist die Verleihung der Wappenmedaille in Gold möglich.“

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt 1. Vizebürgermeisterin Mayrhofer den **Antrag, die Verleihung der Wappenmedaille in Gold an Herrn Johann Bruckmoser in Würdigung seiner Verdienste um die Stadtkapelle Oberndorf, insbesondere für seine 52-jährige Vereinsmitgliedschaft, zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

18. Aufträge, Anschaffungen

Keine!

19. Subventionen

Es liegen keine Ansuchen vor.

20. Allfälliges

GV Thür: 1) Bitte um Überprüfung – die ASFINAG möge beim Anschluss Hagenau auf die Stille-Nacht-Kapelle hinweisen. 2) SFR-Kredit – gibt es bezügl. der Konvertierung bereits neue Einschätzungen? 3) Anregung: Befüllung der Hundemüllsackerl-Spender mit bunten Sackerln, da die schwarzen für Landwirte ein Problem darstellen. 4) Denkanstoss zu den Wohnungsvergaben: der Arbeitsaufwand für das Amt ist sehr groß. Hat die Gemeinde etwas davon? Gibt es eine Beteiligung seitens der Bauträger? Warum macht man das und spielt Immobilien-Vermittler, das kann man dem Bauträger überlassen. 5) Aktueller Stand Spar-Markt Ziegelhaiden? 6) Frage an Dr. Schäffer zum aktuellen Stand des Session-Sitzungsdienstes. 7) Anregung: Schaukasten für Sterbefälle in Ziegelhaiden und Altoberndorf – Plakatwände sind pietälos.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Zu 1): Wird vom Amt geklärt – jeder Hinweis ist von Vorteil (Ergänzung Dr. Schäffer: Vor geraumer Zeit gab es einen Termin mit dem Bürgermeister bei der ASFINAG. Eine Prüfung wurde zugesichert – doch bisher keine Reaktion). Zu 4) Wohnungszuweisung: War immer Wunsch der Gemeindevertretung, ist politische Willensbildung. Eine zeitintensive Arbeit für viele Mitarbeiter ist gegeben.

Dr. Schäffer zu 6): Wir arbeiten eifrig an Session, haben Programm auf unsere Anforderungen abstimmen lassen. Läuft seit September im Probetrieb, sind dzt. nicht zufrieden (eher behindernd, leistet nicht, was wir erwarten). Ausbau für Mandatare: Umsetzung benötigt noch Zeit. Session ist kompliziert/komplex, Arbeitsaufwand lässt Umsetzung nur begrenzt zu.

1. Vizebgm. Mayrhofer weiter zu 4): 1. Runde würde ich schon gerne in Oberndorf belassen, alles Weitere kann an Genossenschaften übertragen werden. Wir kennen die Leute besser und können besser einschätzen (erst ab der 2. Runde, z. B. Ablehnung etc., können wir abgeben). Wichtig ist für uns das Vorschlagsrecht = gemeindepolitischer Vorteil, auch für die Bürger (Ergänzung Stadtrat Danner: In der Sache ist derzeitige Vorgangsweise sinnvoll). Zu 3) Hundemüllsackerl - Umstellung auf andere Farbe ist sicherlich kein Problem, wird an den Einkauf weitergegeben (Anmerkung Stadtrat Innerkofler: Lob an die Befüller der Stadtgemeinde – funktioniert sehr gut). Zu 7) Thema „Schaukasten“ hatten wir schon. Ist korrekt, dass dzt. nicht pietätvoll – sollten uns eine gute Aushangmöglichkeit überlegen. Zu 5) – keine neuen Infos, müssen wir den Bürgermeister fragen.

Zu 2) Frage an Frau Moßhammer, in welcher Regelmäßigkeit wir uns mit Herrn Feichtinger austauschen; Antwort: Es gibt keine Empfehlung von Herrn Feichtinger. Ich habe keinen aktuellen Bericht. Wenn das Land aussteigt, heißt es nicht, dass Oberndorf dies auch tun muss. Wir kennen die Bedingungen des SFR-Kredites des Landes nicht. Es wird aber immer eine Entscheidung der Gemeindevertretung sein, ob wir den Verlust realisieren wollen oder ob wir sagen, wir haben die sicheren Wertpapiere.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Ich beschäftige mich mit diesem Thema und verfolge den Kurs täglich. Es hilft uns keine Prognose. Es ist eine Bauchentscheidung, die wir letztendlich einmal treffen müssen. Die Zukunft ist ungewiss.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Mich interessieren die Angebote der Banken. Man kann vielleicht

günstige Zinsen herausholen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Zinssätze und Kursverlust kann man nicht vermischen. Damals ging es nicht um Kursspekulation sondern um die günstigen Zinsen. Aus heutiger Sicht braucht keiner einen SFR-Kredit. Die Kursentwicklung ist Spekulation.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Wir müssen uns immer wieder der Diskussion stellen, vor allem bei den Budgetstellungen; das ist ein guter Zeitpunkt. Auch Teilkonvertierungen sind möglich.

GV Thür: Man muss sich fragen: Weiter spekulieren oder lieber auf die sichere Seite gehen?

1. Vizebgm. Mayrhofer: Es ist eine Kursspekulation.

Stadträtin Glier: Frau Moßhammer soll das herausrechnen und im nächsten Haushaltsplan beschließen wir das.

GV Illinger: 1) Die Zebrastreifen-Beleuchtung lässt zu wünschen übrig – aus Sicherheitsgründen soll Prüfung erfolgen. 2) Anregung: Versetzung der Ortstafel Richtung Haidenöster und Errichtung eines Gehsteiges.

Dr. Schäffer: Die Zuständigkeit liegt bei der Bezirkshauptmannschaft, es gibt hier die Vorgabe, dass zumindest einseitig eine durchgängige Bebauung vorhanden sein muss. Einen Gehsteig entlang der Landesstraße muss das Land verhandeln.

GV Wenzl: In der letzten Ausgabe der Broschüre „Salzfass“ des Historischen Vereins Rupertwinkel war ein Artikel, dass im derzeitigen Schulgebäude BORG i. d. Watzmannstraße Säulen des alten Schifferspitals eingebaut wurden. Vielleicht könnte man diese teilweise im Museumsbezirk verbauen und nicht verschrotten – Erhaltung ist für Oberndorf wertvoll.

Dr. Schäffer: Es gibt in diesem Gebäude mehrere erhaltenswerte Gegenstände. Lagermöglichkeiten werden gesucht, an die Unterbringung von Säulen im öffentlichen Bereich ist gedacht. Dr. Scherthner und ich waren gemeinsam vor Ort und haben alles aufgenommen.

Stadtrat Innerkofler: Der Alte Pfarrhof hat einen sehr großen Mauerriss (schlechte Bausubstanz?) – muss man damit rechnen, dass er sich vergrößert.

Dipl.-Ing. Müller: Der Riss hat bestanden, es wurde an der Stelle angebaut. Er ist durch die Unterfangungsmaßnahmen und die Setzungen entstanden. Wir werden sehen, wie wir ihn verschließen können.

2. Vizebgm. Feichtner: Wegen der Schaukästen laufen Gespräche mit der Bestattungsfirma Ginner, welche die Kästen betreut. Diese Sache ist in Arbeit.

Stadträtin Glier spricht das Parkplatzproblem beim Neujahrskonzert an und regt eine Beschilderung der öffentlichen Parkplätze an den Ortseinfahrten an.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Für Veranstaltungen sollte man sich grundsätzlich überlegen, ob man nicht Gespräche bezüglich Parkmöglichkeiten führen könnte. Damit ist die Parkplatzsituation wieder im Gespräch.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt die 1. Vizebürgermeisterin die Sitzung um 21.55 Uhr.

Die Schriftführerin:
gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Die Vorsitzende:
gez. 1. Vizebgm. Sabine Mayrhofer eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 17.02.16

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
4.	Protokolle v. 18.11. u. 09.12.2015		
6.	Änderung Abfuhrordnung		
7.	Änderung Haushaltsbeschluss 2016		
8.	Stille-Nacht-Museumsbezirk – Betriebsführung		
9.	Erweiterung Stellenplan 2016		
10.	Unterbringung Asylwerbende		
11.	Bebauungsplan Oberndorf-Zentrum West		
12.	Neubau Rathaus – Beauftragung Planungsleistungen		
13.	Bebauungsplan Watzmannstraße – Alte Landstraße		
14.	Stille-Nacht-Museumsbezirk – Beauftragung Planungsleistungen		
15.	Einzelbewilligung z. Errichtung Containerschule (Ausweiche BORG)		
16.	Änderung Förderungsrichtlinien Solar/Wärmepumpen/Photovoltaikanlagen		
17.	Ehrung Johann Bruckmoser, Stadkapelle		